

GRÜN VOR ORT

Schöneberg Nord



12/2025



Foto © Niklas Weise

Tempo 30 muss bleiben

Gegen die ideologische Verkehrspolitik von Schwarz-Rot!

Von Sebastian Walter, Abgeordneter für Schöneberg Nord • Bündnis 90/Die Grünen

Tempo 30 rettet Leben. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, dass eine innerstädtische Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h die Verkehrssicherheit deutlich erhöht. Durch diese einfache Maßnahme sinkt in den betroffenen Straßen sowohl die Gesamtzahl der Unfälle als auch die Zahl der Verletzten und Toten. Lärm- und Feinstaubbelastung gehen ebenfalls zurück. Tempo 30 ist also auch Gesundheitsschutz.

Dementsprechend handeln Bürgermeister*innen und Verkehrsplaner*innen in ganz Europa. Ob in Brüssel, Paris, Amsterdam oder Helsinki – Städte stellen um auf Tempo 30, mit großem Nutzen für die Bürger*innen.

Doch im Roten Rathaus ist man ganz anderer Meinung. Gegen den europaweiten Trend hat der Schwarz-Rote Senat im Oktober 2025 die Wiedereinführung von Tempo 50 auf zahlreichen Hauptstraßen veranlasst, darunter auch auf der Martin-Luther-Straße bei uns im Schöneberger Norden. Zur Begründung verweist der Senat auf verbesserte Luftwerte – eine Entwicklung, die aber gerade auf Tempo 30 zurückzuführen ist, beschlossen unter Rot-Rot-Grün vor sieben Jahren. Wir Grüne werden die Folgen der Rückkehr zu Tempo 50 kritisch beobachten.

Die Koalition von CDU und SPD setzt auf eine ideologische Symbolpolitik zugunsten des Autoverkehrs und riskiert erhebliche Rückschritte bei Verkehrssicherheit, Lärmschutz, Aufenthaltsqualität und Klimaschutz in unseren Kiezen. Angesichts von 55 Verkehrstoten in Berlin im Jahr 2024 sind die aktuellen Pläne bezüglich Tempo 30 ein schwerer Rückschlag für alle, die sich sicher durch die Stadt bewegen wollen. Unsere Vision ist hingegen „Vision Zero“, Schluss mit Verkehrstoten!

Wo und unter welchen Bedingungen Menschen in unserer Stadt wohnen, ist kein Zufall. Die Erkenntnisse aus dem Berliner Umweltgerechtigkeitsatlas zeigen: Umweltbelastungen sind ungleich verteilt. Besonders betroffen von den Folgen der Umstellung auf Tempo 50 sind Menschen, die direkt an großen Hauptstraßen wohnen, Menschen mit oftmals geringen Einkommen und wenig Wohn-

raum. Eine soziale Stadtpolitik muss diese Menschen besonders im Blick haben und sich gegen Maßnahmen stellen, die Benachteiligung und Ausgrenzung noch weiter verschärfen.

Gleichzeitig wirft die Diskussion um Tempo 30 grundlegende Fragen auf: Auf welcher faktischen Grundlage trifft die Schwarz-Rote Koalition eigentlich politische Entscheidungen? Warum werden zentrale Erkenntnisse aus Forschung und Praxis ignoriert? Ähnlich wie bei der bundespolitischen Diskussion um das Tempolimit, hält der Senat ideologisch am uralten Leitbild der „autogerechten Stadt“ fest – anstatt eine moderne, menschengerechte Mobilität zu fördern.

Tempo 30 steht für Verkehrssicherheit, Klimaschutz und saubere Luft. Wir Grüne fordern eine echte Verkehrswende, die sich an Fakten orientiert und dem Wohl aller Bürger*innen verpflichtet ist.



Gewalt gegen Frauen

Nicht nur im öffentlichen Raum ein Thema

**Von Ronja Losert • Fraktionsvorsitzende
der Grünen Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen
Tempelhof-Schöneberg**

Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Auch dieses Jahr erinnerte er uns daran, dass Gewalt gegen Frauen kein Randphänomen ist, sondern Alltag, oft mitten in unserer Nachbarschaft. Im Jahr 2024 wurden in Berlin 42.751 Frauen Opfer von Gewalt, 7,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders erschütternd: Ein Großteil der Täter kommen aus dem engsten Umfeld, sind Partner, Ex-Partner, Familienmitglieder. Für viele Frauen ist das eigene Zuhause der gefährlichste Ort.

Trotzdem spricht die Bundesregierung kaum darüber. Stattdessen werden populistische Debatten rund um das „Stadtbild“ angeheizt. Ja, Frauen fühlen sich nachts auf dem Heimweg oft unwohl. Aber die wahre Bedrohung liegt meist nicht auf der Straße,

sondern hinter verschlossenen Türen. Wer über Sicherheit redet, darf häusliche Gewalt nicht ausblenden.

Auch im Schöneberger Norden brauchen Frauen leicht zugängliche Hilfsangebote und geschützte Räume. Beratungsstellen und Notruf-



Foto © Miguel González/via AP

Jährlich protestieren am 25. November Menschen weltweit gegen Gewalt an Frauen.

Ortsgruppe Schöneberg Nord

Wir treffen uns jeden vierten Dienstag im Schöneberger Nord, meist zum politischen Diskutieren, mal zum Stolpersteinputzen oder zu Gesprächen in gemütlicher Runde. Wir freuen uns über neue Interessierte. Kommen Sie dazu!



gruene-ts.de/ortsgruppe-schoeneberg-nord

strukturen leisten hier unverzichtbare Arbeit, oft weit über ihre eigentlichen Kapazitäten hinaus.

Umso unverständlicher ist es, dass der Berliner Senat im kommenden Haushalt Kürzungen von rund 2,5 Millionen Euro bei Frauenprojekten plant (Stand November 2025). Während die Gewalt zunimmt, wanken genau jene Strukturen, die Schutz bieten.

Für uns Grüne in Tempelhof-Schöneberg ist klar: Der Schutz von Frauen darf nicht zur Verhandlung stehen. Wir kämpfen dafür, dass die Projekte im Bezirk verlässlich finanziert bleiben, besonders dort, wo Unterstützung am dringendsten gebraucht wird.

Denn Gewalt gegen Frauen endet nur, wenn wir gemeinsam hinschauen, helfen und handeln; auch hier bei uns im Schöneberger Norden.

Leerstand in Schöneberg

Ein raumgreifendes Problem

Von Sebastian Walter, Abgeordneter für Schöneberg Nord • Bündnis 90/Die Grünen

Schöneberg soll für seine Bewohner*innen bezahlbar bleiben. Mit Blick auf horrende Mieten und fehlenden Wohnraum sind viele Menschen aber entmutigt und frustriert. Vor diesem Hintergrund ist Leerstand von Mietshäusern in unserem Bezirk völlig inakzeptabel.

Zu kaum einem Thema erreichen mich so viele Hinweise, Nachfragen und Beschwerden von Bürger*innen. Daher habe ich in den letzten Jahren unzählige Schriftliche Anfragen an den Senat eingereicht, um mehr Klarheit und Verantwortung einzufordern. Nach dem Zweckentfremdungsverbot-Gesetz ist Leerstand von mehr als drei Monaten unzulässig. In der Realität wird diese Grenze aber immer wieder deutlich überschritten.



Es ist höchste Zeit, dass sich das ändert. Instrumente, um effektiv gegen Leerstand vorzugehen, hat die Grüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bereits in ihrem Entwurf zum „Bezahlbare-Mieten-Gesetz“ vorgelegt. Wir fordern mehr Transparenz bei Eigentumsverhältnissen, schnellere Verfahren gegen Zweckentfrem-

dung und deutlich höhere Bußgelder für Eigentümer*innen, die Wohnraum verfallen lassen.

Es gibt kein Recht auf Spekulation und auch keines auf dauerhaften Profit aus Ferienwohnungen. Eigentum verpflichtet – das steht unmissverständlich in Artikel 14 unseres

Grundgesetzes. Jede leerstehende Mietwohnung ist ein Schlag ins Gesicht derer, die verzweifelt eine Wohnung suchen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass alle leerstehenden Gebäude in unserem Kiez schnell wieder ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden: ein Zuhause zu sein für Bürger*innen Berlins.

Demokratie auf Bezirks- ebene

Die Einwohner*innenfragestunde

*Von Thomas Brandy • Bündnis 90/
Die Grünen Tempelhof-Schöneberg*

Immer wieder ist von Politikverdrossenheit die Rede. Viele Menschen fühlen sich von der Politik abgekoppelt, weil sie zu weit entfernt wirkt, und haben den Eindruck, keine Einflussmöglichkeiten zu haben. Doch ist das wirklich so? Welche Möglichkeiten gibt es, direkt vor Ort Einfluss zu nehmen?

Ich habe deshalb eine Bezirksverordnetenversammlung (BVV) besucht – und einen Monat später erneut. Besonders überrascht hat mich die Möglichkeit der Einwohner*innenanfragen. Bereits vor rund 20 Jahren wurde das Bezirksverwaltungsgesetz dahingehend geändert: Einwohner*innen des Bezirks haben das Recht, persönliche Fragen an das Bezirksamt (BA) zu richten. Das gilt auch für Personen, die durch ehrenamtliche Tätigkeiten, ihre Arbeits- oder Ausbildungsstätte ein berech-



Zu Beginn jeder BVV-Sitzung findet eine Einwohner:innenfragestrunde statt.

tigtes Interesse an einer Fragestellung nachweisen können. Ein Beispiel: Wann ist die Sanierung der Schule meines Kindes geplant?

Wer dieses Instrument nutzen möchte, findet weitere Informationen auf der Webseite des Bezirksamtes:

Scannen Sie den QR-Code, um sich mit Ihrer Frage an die BVV einzubringen!



Zusammenhalt in der Nachbarschaft

Die mobile Stadtteilarbeit der Kiezoase

Interview mit Jörn Brennsell und Nina Witte, geführt von Katharina Hild, Beisitzerin im Kreisvorstand • Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Was zeichnet die Kiezoase aus?

Das Nachbarschafts- und Familienzentrum Kiezoase ist ein Ort, an dem Nachbar*innen ihre Ideen einbringen und Anliegen äußern können, um ihren Kiez lebenswert mitzugestalten. Daraus entstehen oftmals konkrete Angebote, wie eine Tischtennisgruppe, Nachbarschaftstreffen, ein Repair-Café oder eine Büchertauschbörse. Manche Selbsthilfegruppen benötigen lediglich einen Raum und Unterstützung bei der Organisation, andere Anfragen hingegen brauchen mehr Unterstützung.

Und was macht dabei die mobile Stadtteilarbeit?

Wir gehen direkt auf die Straßen und zu den Menschen, die sonst nicht von uns hören würden. Wir laden zu meist kostenlosen Mitmach-Angeboten ein und sammeln Ideen für mehr Zusammenhalt in unserem Kiez. Von April bis Oktober trifft sich die Nachbarschaft monatlich bei der Spiel- und Begegnungsstraße Barbarossa. Gemeinsam gehen Interessierte spazieren: Mal zu einem festen Thema, wie Anfang November entlang der Stolpersteine zum Gedenken an jüdisches Leben, mal einfach zum Kennenzulernen. Wieder andere, vor allem auch Ältere, treffen sich zum Tischtennis. Die Vielfalt ist riesig!

Unser Kiez wird immer teurer, und es gibt versteckte Armut. Bei uns kann man teilhaben und mitmachen, ohne etwas zahlen zu müssen. Das ist auch wichtig für den Zusammenhalt im Kiez!

Damit Engagement im Kiez Zukunft hat

Wir brauchen einen respektvollen, verantwortungsbewussten und wertschätzenden Umgang mit all jenen, die sich tagtäglich in und für unseren Kiez einsetzen.

Aktuell sind diese Projekte noch von den schwarz-roten Haushaltskürzungen gefährdet:

- Öko-Toiletten: vollständig gestrichen
- Altenarbeit: erhebliche Kürzungen
- Integrationslots*innen: deutlich weniger Mittel
- FELD Theater: fehlende Mittel für Programm
- fLotte Lastenräder: keine kostenlosen Lastenräder zum Ausleihen mehr
- Mobile Stadtteilarbeit, Parkläufer*innen und Fegeflotte: erst nach öffentlichem Druck teilweise gerettet

Bis zum Sommer plante der Senat Kürzungen im Bereich der Mobilen Stadtteilarbeit.

Das war bedrohlich für uns. Anfangs hieß es, drei Viertel der Projekte der Mobilen Stadtteilarbeit könnten wegfallen. Jetzt gibt es positive Signale aus der Politik und eine grund-sätzliche Zusage, daß die Mobile Stadtteilarbeit auch zukünftig finanziert werden wird. Der Senat plant aber weiterhin Kürzungen im sozialen Bereich. Andere Projekte sind somit in ihrer Existenz bedroht. Im Bereich der Mobilen Stadtteilarbeit wissen wir nicht, wie hoch die zukünftige Finanzierung ausfallen wird.

Was wünscht Ihr Euch von der Politik?

Wir wollen gehört werden und freuen uns über echtes Interesse an unserer Arbeit. Für Austausch sind wir



Foto © Katharina Hahn

„Unsere Nachbarschaft lebt vom Engagement vieler Menschen und vieler Initiativen. Wer hier den Rotstift ansetzt, gefährdet den sozialen Zusammenhalt in unseren Kiezen. Viele Projekte erfahren erst aus den Medien von Kürzungen. Transparenz? Fehlanzeige.“



Sebastian Walter, direkt gewählter Abgeordneter für Schöneberg Nord

immer offen. Und wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen: Finanzierte Stellen und Sachmittel für die Umsetzung von Projekten. Denn auch unsere Ehrenamtlichen benötigen Unterstützung in inhaltlichen und organisatorischen Fragen. Ganz praktisch beginnt das schon bei der IT-Struktur, die wir bereitstellen.

Wir von Bündnis 90/Die Grünen haben uns sehr gegen die geplanten Kürzungen eingesetzt und wollen den sozialen Zusammenhalt auch mit Angeboten, wie die der Kiezoase, stärken. Was kann auch jede*r einzelne in der Nachbarschaft beitragen?

Fast alle unsere Angebote entstehen aus konkreten Anliegen aus der Nachbarschaft, bspw. das Repair Café. Da investieren sechs Ehrenamtliche regelmäßig viele Stunden, um defekte Geräte der Nachbarn zu reparieren. So ist das bei vielen unserer Angebote. Dieses Engagement trägt die Kiezoase und unser Miteinander!

Urbane Klimaanpassung

Erste Regenwassertonne auf öffentlichem Grund in Schöneberg

Von Jörg Schwensen • Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Seit kurzem zierte eine Regenwassertonne das Stadtbild in der Yorckstraße. Mit dem Wasser, das vorher nutzlos in der Kanalisation verschwand, können jetzt Beete und Bäume bewässert werden. Nach einem entsprechenden Beschluss der BVV Ende 2023 hatte die „Beetgemeinschaft Vorplätze Yorckbrücke“ beim

Straßen- und Grünflächenamt eine Sondernutzung beantragt. Die Bezirkliche Denkmalschutzbehörde, mit Blick auf die unter Denkmalschutz stehende Fassade, sowie die GEWOBAG als Hauseigentümer erteilten ebenfalls ihre Zustimmung. Weitere Infos zu Regenwassertonnen gibt es unter

www.wassertanke.org und www.fritschestr.de.

Anträge auf Sondernutzung können per E-Mail an das Bezirksamt gestellt werden (sondernutzungsga@ba-ts.berlin.de).



In der Yorckstraße fängt nun eine Regentonne Wasser zur Bewässerung auf.

Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Tempelhof-Schöneberg



www.gruene-ts.de



kiezbuero@gruene-ts.de



030 / 9152 0086

V.i.S.d.P.: Bündnis 90/DIE GRÜNEN Berlin Tempelhof-Schöneberg, Claudia Löber und Cedrik Schamberger, Kolonnenstr. 53, 10829 Berlin | Gestaltung: Isabel Adler | Redaktion: Bruno Bremer, Helen Schmidt, Arnim Stauth | Texte: Tom Brändy, Katharina Hild, Ronja Losert, Jörg Schwensen, Sebastian Walter | Stand: November 2025

Jetzt auf Social Media folgen!

- [die_gruenen_ts](https://www.instagram.com/die_gruenen_ts/)
- [gruenets](https://twitter.com/gruenets)
- [GrueneTS](https://www.facebook.com/GrueneTS)

